

# RECHTSPOLITISCHES AUS DEN USA

---

## Verfassungsbruch lohnt sich

Mit der Ernennung von Neil Gorsuch scheint die konservative Mehrheit im U.S. Supreme Court auf lange Zeit zementiert

Von Manfred H. Wiegandt, Wareham/Massachusetts (USA)

---

Bis vor nicht allzu langer Zeit gestaltete sich die Nachfolge von ausscheidenden oder verstorbenen U.S. Supreme Court-Richtern wie folgt: Der Präsident nominiert eine ihm genehme qualifizierte Person; der Justizausschuss des Senats hält öffentliche Anhörungen über den Kandidaten ab und entscheidet mehrheitlich, ob er dem Senatsplenum diesen Kandidaten empfehlen kann, worauf es zur Abstimmung im Senat kommt und der Kandidat, wenn er eine Mehrheit findet, bestätigt wird, so wie es nach Art. II § 2 (2) US-Verfassung<sup>1</sup> sein sollte. All das änderte sich Anfang letzten Jahres, als mit dem Tod Antonin Scalia die seit Ende der 1970er-Jahre bestehende konservative Mehrheit im höchsten amerikanischen Gericht zu brechen drohte, denn elf Monate vor dem Ende seiner Amtszeit fiel Obama die Aufgabe zu, dessen Nachfolger zu benennen. Der Präsident schlug mit Merrick Garland einen allseits geachteten Konsenskandidaten vor, von dem erwartet werden konnte, dass er im republikanisch dominierten Senat auch genügend Stimmen von republikanischer Seite würde erhalten können.

Doch dann verkündete der republikanische Mehrheitsführer im Senat, Mitch McConnell, dass eine lebenslange Ernennung wie die zum Supreme Court nicht im letzten Amtsjahr eines Präsidenten erfolgen solle, sondern einer neuen demokratischen Legitimation bedürfe, weswegen dies dem am Ende des Jahres neu zu wählenden Präsidenten überlassen werden müsse. Die US-Verfassung sagt darüber nichts; schon gar nicht limitiert sie die Befugnisse eines Präsidenten im letzten Jahr seiner vierjährigen Amtszeit. Es wäre verfassungsrechtlich zwar zulässig gewesen, wenn der vom Präsidenten benannte Kandidat vom Senat abgelehnt worden wäre. Aber eine solche Abstimmung im Plenum, ja schon eine Anhörung des unbestreitbar qualifizierten Kandidaten wollte die republikanische Führung, auch wegen der zu erwartenden schlechten Publicity für sie, gar nicht erst riskieren. So weigerte sich der Vorsitzende des Justizausschusses schlicht, Garland überhaupt nur eine Anhörung zu gewähren.

Die Motive dafür waren offensichtlich. Es sollte den Demokraten verwehrt werden, die Mehrheit im Supreme Court, die die Republikaner seit etwa vierzig Jahren genossen hatten, zu ihren Gunsten zu kippen. Diese konservative Vorherrschaft im höchsten

---

1 „[The President], by and with the Advice and Consent of the Senate, shall appoint ... Judges to the supreme Court ...“.